

A1 Für eine klare Friedenspolitik! НЕТ ВОЙНЕ! Savaş Hayır! Stop the War!

Krieg ist ein Instrument der herrschenden Klassen kapitalistischer Staaten im Konkurrenzkampf um wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss. Als LINKE lehnen wir militärische Interventionen als Mittel der Politik ab. Wir verurteilen Putins Krieg in der Ukraine aufs Schärfste und solidarisieren uns mit den Menschen, die unter der Gewalt vor Ort leiden oder fliehen müssen. Wir bekräftigen das völkerrechtlich verbrieftete Recht der Ukrainer:innen auf Selbstverteidigung gegen den Aggressor.“ (ÄA 1.4)

Und nicht nur dort! Genauso lehnen wir den Krieg des NATO-Mitglieds Türkei im Nordirak ab. Seit Jahren führt Erdogan dort einen Krieg gegen Kurd*innen – mit Deutschlands Waffen.

Die aktuellen Kriege zeigen auch: Unser Feindes Feind ist nicht unser Freund. Wir lehnen den russischen Imperialismus und die aggressive Kriegspolitik Putins ab – in der Ukraine, aber auch in Tschetschenien, Kasachstan oder auf der Krim.

Gleichzeitig lehnen wir die NATO ab. Sie ist keine Friedensmacht, sondern ein aggressives Militärbündnis, dessen Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahren selbst eine Reihe von Angriffskriegen geführt haben. Schon seit langem werden die Menschen in der Ukraine zum Spielball im Kampf um Einflusssphären zwischen NATO und Russland gemacht. Die Intervention der NATO in diesen Krieg wird die Aussichten auf eine wirkliche politische Unabhängigkeit der Ukraine nicht verbessern.(ÄA 1.1) Gerade in diesen Zeiten wird uns schmerzlich bewusst, wie wichtig eine klare friedenspolitische Haltung ist. Waffenstillstand, Diplomatie und Abrüstung sind das Gebot der Stunde – nicht trotz, sondern genau wegen des aktuellen Krieges.

Als DIE LINKE. Berlin-Mitte wollen wir mit unseren Nachbar*innen ins Gespräch kommen und unsere Friedenspolitik zu den Menschen bringen. Dafür möchten wir Unterschriften für den Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ sammeln und bitten die Basisorganisationen, Infostände, Haustüraktionen, Veranstaltungen und weitere Formate zum Thema Friedenspolitik zu organisieren.

100 Milliarden für Soziales und Klimaschutz statt für die Bundeswehr!

DIE LINKE.Mitte steht nicht für die Logik der militärischen Blockbildung und der Aufrüstung, sondern für die internationale Solidarität der Kriegsgegner*innen weltweit.

Direkte oder indirekte Interventionen der NATO - wie Waffenlieferungen oder Ausbildungsmissionen für die ukrainische Armee oder die mit ihnen verbündeten Freiwilligenverbände- werden diesen Krieg nicht verkürzen und die Zahl der Opfer nicht verringern, sondern im Gegenteil das Risiko einer regionalen und potenziell globalen Eskalation dieses Krieges erhöhen. (ÄA 1.2)

Wir fordern von der Bundesregierung ein sofortiges Ende der Waffenlieferungen in die Ukraine. DIE LINKE.Mitte fordert die Bundesregierung auf, sämtliche Maßnahmen zu unterlassen, die die militärische Eskalation in diesem Krieg befördern.

Das Sondervermögen von 100 Milliarden, das Kanzler Scholz über Nacht für die Bundeswehr bereitstellte, ist nicht nur grotesk und das völlig falsche Symbol, es macht uns abermals deutlich, dass das Geld da ist – nur scheinbar nicht für die richtigen Dinge. Völlig zurecht fordert DIE LINKE. Investitionen in Gesundheit, Bildung und Klimaschutz, für eine armutsfeste Rente und eine lebenswürdige Grundsicherung anstatt für die Bundeswehr, die mit knapp 50 Milliarden Euro jährlich sowieso bereits deutlich überfinanziert ist.

Auch die Verankerung der Aufrüstung im Grundgesetz lehnen wir klar ab – das 2-Prozent-Ziel der NATO ist unsinnig, gefährlich und nur im Interesse der Waffenlobby.

Wir fordern die Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer, die alle Unternehmen belastet, die von dem russischen Angriffskrieg profitieren. Es darf nicht sein, dass z.B. Rüstungs- und Energieunternehmen von dem Leid der ukrainischen Bevölkerung profitieren.

Anstatt die Aktienkurse der Rüstungskonzerne in die Höhe zu treiben, muss die Bundesregierung nun alles daran setzen, Waffenexporte zu verbieten und zu verhindern und Sanktionen gegen die Oligarch*innen, die den russischen Angriffskrieg unterstützen, durchzusetzen. Nicht die russische Normalbevölkerung darf unter den Sanktionen leiden – sondern diejenigen, die die kapitalistische und imperialistische Politik Putins über Jahre finanziert und mitgetragen haben! Für Berlin und besonders auch für Mitte bedeutet das, jedes Bauprojekt, jedes (russische) Betongold, jede weitere Anlagequelle aufzudecken und trocken zu legen. Putins Oligarch*innen dürfen nicht weiterhin in und an Berlin verdienen.

Wir sind solidarisch mit und voller Respekt vor allen Menschen in Russland und Belarus(ÄÄ 1.3.), die den Mut aufbringen, offen gegen den Krieg zu protestieren. Wir sind solidarisch mit allen, die sich der Aufforderung des russischen Machtapparats entgegenstellen und nicht die Propaganda von der „militärischen Sonderoperation“ in den Schulen, Hochschulen und Medien verbreiten.

Praktische Solidarität in Berlin – Berlin als sicherer Hafen für alle Geflüchtete!

Für die vielen tausenden hier ankommenden und bleibenden Geflüchtete aus der Ukraine und allen anderen Staaten muss Berlin (weiterhin) ein sicherer Hafen sein. Wir heißen unsere neuen Nachbar*innen willkommen!

Vor dem Hintergrund der neu angekommenen Geflüchteten in Berlin vergessen wir dabei nicht die vielen Geflüchteten, die bereits seit Jahren in Berlin und in Deutschland leben. Wir fordern einen Stopp von Abschiebungen, ein faires und schnelles Asylverfahren, Arbeitserlaubnisse und ein sicheres Zuhause für alle Geflüchtete.

DIE LINKE. Berlin Mitte
Hauptversammlung am 14. Mai 2022